

BVVP • WÜRTTEMBERGISCHE STRASSE 31 • 10707 BERLIN

Pressemitteilung

„Patient*innen brauchen gute Versorgung statt Kürzungspolitik“ – bvvp weist Vorwürfe des vdek gegen protestierende Psychotherapeut*innen und Ärzt*innen entschieden zurück

Berlin, 9. Juni 2026. Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp) weist die diffamierenden Äußerungen der Vorstandsvorsitzenden des Verbandes der Ersatzkassen (vdek), Ulrike Elsner, entschieden zurück. Sie charakterisierte die berechtigten Proteste von Psychotherapeut*innen und Ärzt*innen gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung sowie deren Warnungen vor einer schlechteren Versorgung als „unseriös und verantwortungslos“ und behauptete, sie entbehrten einer realen Grundlage.

„Die Aussagen von Frau Elsner irritieren mich. Tag für Tag erleben Psychotherapeut*innen, dass sich Menschen an sie wenden, die dringend Hilfe benötigen und oft lange auf einen Behandlungsplatz warten müssen. Den auf diesen Erfahrungen basierenden Protest gegen Versorgungseinschnitte als unseriös oder verantwortungslos abzutun, wird weder den Patient*innen noch den Behandelnden gerecht“, erklärt Mathias Heinicke, Bundesvorsitzender des bvvp.

Die Demonstration in Berlin im Zusammenhang mit der Bundestagspetition „Sicherstellung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung durch angemessene Vergütung“ habe deutlich gemacht, dass die Sorgen um die Zukunft der ambulanten Versorgung weit über Fragen der Vergütung hinausgingen. Im Mittelpunkt stehe die Frage, wie Menschen auch künftig schnell und niedrigschwellig Zugang zu psychotherapeutischer und ärztlicher Hilfe erhalten könnten.

Mit Unverständnis reagiert der bvvp insbesondere auf die Forderung nach einer stärkeren Steuerung des Zugangs zur Versorgung. Er macht deutlich: Bereits heute existiert mit der psychotherapeutischen Sprechstunde ein wirksames Instrument, das Patient*innen Orientierung bietet, Behandlungsbedarfe feststellt und die weitere Versorgung steuert. Zusätzliche Zugangshürden oder vorgeschaltete Steuerungsinstanzen drohen dagegen, den Zugang zur Behandlung unnötig zu erschweren.

„Wer die Sorgen von Patient*innen ernst nimmt, betreibt keine Panikmache. Diese sind Teil unseres Praxisalltags. Viele Kolleg*innen erleben täglich, wie groß der Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung ist. Deshalb werden wir auch weiterhin auf Fehlentwicklungen aufmerksam machen, die den Zugang zur Versorgung erschweren oder das Behandlungsangebot einschränken könnten“, so Heinicke.

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Mag. rer. nat.
Mathias Heinicke
Psychologischer Psychotherapeut

STELLV. VORSITZENDE

Dipl.-Psych. Ulrike Böker
Psychologische Psychotherapeutin

STELLV. VORSITZENDER

Dr. phil. Bernd Aschenbrenner
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut

Dipl.-Psych. Rainer Cebulla
Martin van Ackern

KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. med. Andreas Kramer

VORSTANDSBEAUFTRAGTE

Ariadne Sartorius

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

Besonders kritisch sieht der bvvp die wiederholte Behauptung der Krankenkassen, finanzielle Einschnitte in der psychotherapeutischen Versorgung blieben ohne Folgen für die Patient*innen. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation psychotherapeutischer Praxen allein anhand rechnerischer Durchschnittswerte blende die Realität der Versorgung aus.

„Es steht Frau Elsner nicht zu, den psychotherapeutischen Kolleg*innen zu erklären, was für ihre Praxen auskömmlich sein soll“, hebt Mathias Heinicke hervor: „Wer Versorgung ausschließlich durch die Brille von Durchschnittswerten und Umsatzstatistiken betrachtet, verliert umgekehrt den Blick für die Realität in den Praxen, denn diese ist von großem Hilfebedarf geprägt. Dennoch werden Honorarkürzungen als folgenlos dargestellt und berechtigte Sorgen als übertrieben abgetan.“

„Die Psychotherapeut*innen in den Praxen benötigen keine Belehrungen über ihre wirtschaftliche Situation. Sie erwarten Respekt für ihre Arbeit und eine ehrliche Diskussion darüber, wie psychotherapeutische Versorgung auch in Zukunft gesichert werden kann. Wer die Erfahrungen derjenigen ignoriert, die die Versorgung täglich tragen, sollte mit Urteilen über deren Verantwortungsbewusstsein vorsichtig sein“, erklärt Ulrike Böker, Stellvertretende Bundesvorsitzende des bvvp.

Der bvvp steht jederzeit für einen konstruktiven Dialog über die Zukunft der ambulanten Versorgung bereit. Voraussetzung dafür ist jedoch eine Debatte, die die Erfahrungen aus den Praxen ernst nimmt und berechtigte fachliche Kritik nicht pauschal als unverantwortlich oder als unseriös abwertet.

Links:

Die Pressemitteilung finden Sie auch auf der Internetseite des bvvp:

<https://bvvp.de/positionspapiere/>

Die Äußerungen des Verbands der Ersatzkassen (vdek) finden Sie hier: <https://t1p.de/wuq00>

Weitere Informationen zu den berechtigten Protesten der psychotherapeutischen Profession finden Sie auf der Homepage-Sonderseite: <https://bvvp.de/jetzt-wird-es-laut/>

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut*innen einsetzt. In ihm haben sich etwa 6.000 Ärztliche Psychotherapeut*innen, Psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

Für den bvvp

Dipl.-Psych. Mag.rer.nat. Mathias Heinicke

Vorsitzender des bvvp-Bundesverbands

Dipl.-Psych. Ulrike Böker

Stellvertretende Vorsitzende des bvvp-Bundesverbands

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

Anja Manz – bvvp Pressesprecherin

Württembergische Straße 31

10707 Berlin

Tel. + *49 30 88 72 59 54 / Mobil + *49 177 6575445

E-Mail: presse@bvvp.de